



Rechts- extremismus

– Ideologie,
Verbreitung und
Bedrohung



Rechtsextremismus – Ideologie, Verbreitung und Bedrohung

Von Pegida bis in die Parlamente, von Halle bis Hanau, von alltagsrassistischen Vorfällen über Hass und Hetze im Netz – in den vergangenen Jahren wurde besonders deutlich, welche Gefahr von Rechtsextremismus und dessen Akteur*innen und Vordenker*innen ausgeht. **Rechtsextremismus ist keineswegs ein individuelles Problem von Betroffenen rechter Gewalt.** Vom Rechtsextremismus gehen eine massive Bedrohung und Gefahr für unsere demokratischen Grundwerte, die Menschenrechte und unsere vielfältige Gesellschaft aus, deswegen geht er uns alle etwas an!

Rechtsextremist*innen treten heutzutage in unterschiedlichsten Gruppierungen und Zusammenhängen auf, haben sich neue Strategien für ihre ideologische Rekrutierung zurechtgelegt und bedienen sich verschiedenster Argumente und Taktiken. Ihre Feindbilder und Überzeugungen haben sich dabei jedoch kaum verändert.

Dieses Heft von **Gesicht Zeigen!** setzt sich mit den Merkmalen des Rechtsextremismus in Deutschland auseinander, versucht, sie zu erklären sowie einzelne Elemente und Ausprägungen zu beleuchten. Es soll nicht nur aufgezeigt werden, wie gravierend Rechtsextremismus den politischen und zivilgesellschaftlichen Alltag beeinflusst, sondern auch, wer sich dagegen stellt, wo man sich über Rechtsextremismus informieren kann und wie jede*r Einzelne etwas zum Kampf gegen Rechtsextremismus sowie für eine demokratische und tolerante Gesellschaft beitragen kann.

Inhalt

| | | |
|-----|---|----|
| 1. | Was ist Rechtsextremismus? | 4 |
| 2. | Rechtsextremismus ist tödlich! | 10 |
| 3. | Wo wird Rechtsextremismus verbreitet? | 16 |
| 3.1 | Das Internet als Katalysator rechter Hetze | 16 |
| 3.2 | Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien | 20 |
| 3.3 | Rechtsextremismus in der Politik | 27 |
| | Glossar | 32 |

1. Was ist Rechtsextremismus?

Rechtsextremismus ist eine politische Weltanschauung, die von Rechtsextremen nicht zwangsläufig mit einheitlichen Vorstellungen und politischen Zielen vertreten wird. Zum Spektrum eines rechtsextremen Weltbilds gehören verschiedene Elemente wie Antisemitismus (diesen Begriff erklären wir im Glossar auf S. 33), Rassismus, Antifeminismus, Gadjé-Rassismus (diesen Begriff erklären wir im Glossar auf S. 33) und völkisch-nationale Ansichten unter Betonung einer „Volksgemeinschaft“.

Auch der Wunsch nach einer nationalistischen, mitunter totalitären Staatsautorität, nach Geschichtsrevisionismus und der positive Bezug zum Nationalsozialismus sind Ausdruck rechtsextremer Einstellungen, müssen aber nicht gebündelt zusammen auftreten und können unterschiedlich große Rollen spielen. So kann es sein, dass ein*e Rechtsextreme*r rassistisch gegen Geflüchtete hetzt und überzeugte*r Antisemit*in ist, den Nationalsozialismus jedoch sowohl historisch als auch ideell ablehnt. **Weil Rechtsextremismus immer auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruht, ist er unvereinbar mit unseren demokratischen Grundwerten.**

Der Begriff „Rechtsextremismus“ besitzt für den Sprachgebrauch und die Forschung einen Sammelcharakter. Der Einfachheit halber thematisieren wir Rechtsextremismus in diesem Heft deshalb als radikalisierte Bewegung der letzten Jahre, von der wir einzelne Ausprägungen unter die Lupe nehmen wollen.



Auf dem YouTube-Kanal von Gesicht Zeigen! findest du ein kurzes und anschauliches Erklärvideo zu der Frage, was Rechts-extremismus ist und warum er eine Bedrohung für uns alle darstellt.

Das Hufeisenmodell

Das Hufeisenmodell und seine wissenschaftliche Entsprechung, die Extremismustheorie, ist ein weitverbreitetes Konzept, das politische Strömungen angelehnt an die Sitzverteilung in einem Parlament in Form eines Hufeisens denkt. Seine Befürworter*innen gehen von einer demokratischen Mitte aus, von der jeweils in gleicher Entfernung das politisch rechte und linke Lager als Extreme verortet werden. Die Mitte wird im Einklang mit den demokratischen Ansprüchen eines Staats gedacht, während die rechten und linken Ränder als demokratiegefährdend eingestuft werden.

Das Hufeisenmodell ist in der Politikwissenschaft sehr umstritten.¹ Kritiker*innen bemängeln vor allem zwei grundlegende Fehlschlüsse des Konzepts: Zum einen erscheint die demokratische Mitte in dem Modell als politisch neutral und in jeder Hinsicht unproblematisch. Extreme und demokratiegefährdende Einstellungen, wie Rassismus oder ein übersteigerter Nationalismus, die auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft vorkommen, kann das Hufeisenmodell nicht abbilden. Zum anderen führt es zu einer Gleichsetzung beider Ränder, die in der bildlichen Darstellung einander näher sind als der demokratischen Mitte. Doch dieses Denken verkennt den fundamentalen Unterschied zwischen rechts und links. Linke Gesellschaftsmodelle gehen von einem gleichberechtigten Menschenbild aus. Der Rechts-extremismus beruht auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Die beiden politischen Richtungen sind somit grundverschieden und können nicht als zwei Seiten einer Medaille angesehen werden.

Die Gleichsetzung von rechts und links führt in der Konsequenz dazu, dass die Gefahren rechtsextremer Bestrebungen unterschätzt werden, gleichzeitig aber Engagement gegen rechts als linksextrem und damit als demokratiegefährdend eingestuft wird. Religiöser Extremismus hingegen wird in dem Modell nicht berücksichtigt, obwohl er in den letzten Jahren zunehmend gesellschaftsrelevant geworden ist.

Rassistische Einstellungsmuster in Deutschland

Die extreme Rechte teilt Einstellungen, die für eine lebendige Demokratie sehr gefährlich sind, weil sie auf der rassistischen Annahme basieren, einige Menschen seien weniger wert als andere. Diese „anderen“, meist als nichtdeutsch und dadurch als nicht-dazugehörig wahrgenommenen Menschen, werden oft als Fremde stigmatisiert, die nicht nach Deutschland gehören. Sie werden abgewertet und als bedrohliche Minderheit dargestellt. Die extreme Abwertung anderer geht mit einer Aufwertung der eigenen, „deutschen“ Gruppe einher, sodass ein Gegensatz zwischen der eigenen Nation und Geschichte und dem vermeintlich Fremden entsteht. Dieser übersteigerte Nationalismus beinhaltet teilweise eine verharmlosende oder sogar befürwortende Perspektive auf die Zeit des Nationalsozialismus und der deutschen Kolonialgeschichte. In extremen Fällen werden sie als positiv empfunden und bejaht, was auch Antisemitismus und den Mord an Jüd*innen, „Asozialen“, politischen Gegner*innen wie Kommunist*innen, Sinti*zze und Rom*nja (diesen Begriff erklären wir im Glossar auf S. 34) sowie anderen Minderheiten einschließt. In anderen Fällen wird der Nationalsozialismus als unbedeutender Teil einer sonst großartigen deutschen Geschichte dargestellt und die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus als übertrieben abgetan. Politisch wie gesellschaftlich wird ein erneuerter und unkritischer Nationalstolz gefordert. Hier spielt der Wunsch oder das Zurücksehnen nach einer „besseren Vergangenheit“ und einer stärkeren, staatlichen Autorität eine Rolle. Gleichzeitig werden Sehnsüchte nach einer Zeit zum Ausdruck gebracht, in der staatliche Einflüsse auf das Privatleben vermeintlich geringer waren: Insbesondere den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten (im rechtsextremen Jargon: „Staatsfunk“ oder „Lügenpresse“) und unabhängigen Medien wird eine Abhängigkeit vom Staat unterstellt.

Grad der Einstellung und Organisation von rechtsextremen Jugendlichen

Rechtsextremist*innen unterscheiden sich nicht nur durch die unterschiedlichen Ausprägungen innerhalb ihrer Ideologie, sondern auch durch den Organisationsgrad. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin unterscheidet vier Kategorien: Sympathisant*in, Mitläufer*in, Aktivist*in und Kader. Während Sympathisant*innen und Mitläufer*innen ihre rechtsextreme Orientierung und ihre alltagsdiskriminierenden Ansichten nicht als politische Äußerung, sondern als Teil ihrer Identität verstehen, verfolgen Aktivist*innen und Kader-Zugehörige das Ziel, ihr rechtsextremes Weltbild gesellschaftlich zu verankern und politisch umzusetzen. Von dem*der Sympathisant*in bis hin zu Kader-Zugehörigen verläuft eine zunehmende Ideologiedichte und ein ansteigender Organisationsgrad.² Diese Einteilung hilft bei der Einschätzung, ob Personen mit rechtsextremen Einstellungen noch durch Präventions- und Distanzarbeit erreicht oder nur noch mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden können und müssen.

Gesellschaftliche Verankerung rechtsextremer Einstellungen

Wie weitverbreitet rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft sind, wird von unterschiedlichen Forschungseinrichtungen untersucht. Die Ergebnisse dieser Erhebungen werden in Studien festgehalten. Eine davon ist die alle zwei Jahre erscheinende Leipziger Autoritarismus-Studie, die seit 2002 die Zustimmung und Entwicklung zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen innerhalb der deutschen Bevölkerung untersucht. Dabei werden mehrere Tausend Menschen nach ihrer Haltung zu bestimmten Aussagen, wie „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ oder „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“, befragt. Wie bereits in den Jahren zuvor, zeigen die repräsentativen Studienergebnisse aus dem Jahr 2022, dass die Anzahl der Personen, die ein geschlossen rechtsextremes Weltbild vertreten, leicht rückläufig sind.³ Allerdings bestehen u. a. weiterhin hohe Zustimmungswerte zu Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja sowie Muslimfeindlichkeit und es ist ein Anstieg bei antifeministischen Einstellungen zu verzeichnen.⁴ Auch die sogenannte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht seit 2006 im Abstand von zwei Jahren die Verbreitung rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Die Ergebnisse der Studie von 2023 weichen im Vergleich zu 2021 und zur Leipziger Autoritarismus-Studie vom Jahr 2022 deutlich ab. Waren es in den Vorjahren 2–3% der Befragten mit einem rechtsextremen Weltbild, so hat sich dieser Anteil auf 8% erhöht.⁵ Ein Drittel der Befragten stimmt beispielsweise der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ zu.⁶ Beide Studien kommen außerdem zu dem Ergebnis, dass die Zustimmung zum Rechtsextremismus mit einer höheren Akzeptanz von Gewalt einhergeht.

In der Realität bedeuten diese Zahlen eine konkrete Gefahr für viele Menschen, die nicht ins Weltbild von Personen mit rechtsextremen Einstellungen passen. Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe sind vielerorts keine Seltenheit. Engagierte Menschen, die sich der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts entgegenstellen, erleben die Gefahren, die von ihm ausgehen am eigenen Leib. Ein aktuelles Beispiel aus dem Jahr 2023 sind zwei Lehrkräfte, die in einer Schule in Burg (Brandenburg) unterrichtet haben. Sie wollten es nicht mehr hinnehmen, dass Schüler*innen rechtsextreme Symbole und Parolen in der Schule verbreiten und machten dies öffentlich. Es folgten Einschüchterungen, Diffamierungen, Beleidigungen und Bedrohungen, sowohl anonym über Social Media und mit Stickern in der Stadt als auch persönlich in der Öffentlichkeit, mindestens mit der Absicht, die Lehrkräfte aus der Schule zu verdrängen. Leider mit Erfolg: die beiden Lehrkräfte stellten Anträge auf Versetzung an andere Schulen zum neuen Schuljahr.⁷

2. Rechtsextremismus ist tödlich!

Aktuelle Beispiele für Rechtsterrorismus in Deutschland

In den letzten Jahren wurden viele rechtsterroristische Attentate verübt. Als Beispiele sind hier die Morde und Anschläge des sogenannten NSU (Nationalsozialistischer Untergrund), der rassistische Anschlag in Hanau, der Mord am Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke und der Anschlag von Halle auf die Synagoge und einen Imbiss zu nennen.

Der sogenannte NSU war eine rechtsterroristische Zelle, die zwischen den Jahren 2000 und 2007 mindestens neun Menschen aus rassistischen Motiven ermordete. Außerdem umfassten die Aktivitäten des NSU den Mord an einer Polizistin und Mordversuche an nachweislich 43 Personen, drei Sprengstoffanschläge sowie 15 Banküberfälle. Im Juli 2018 wurde Beate Zschäpe als Mittäterin der Morde und Sprengstoffanschläge wegen schwerer Brandstiftung und Mitgliedschaft des NSU zu lebenslanger Haft verurteilt, während vier weitere Unterstützer aus dem Umfeld der Terrorgruppierung zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Die anderen zwei Kernmitglieder haben sich selbst vor der Verhaftung getötet.⁸

Am 9. Oktober 2019 kam es zu einem Anschlag auf die Synagoge in Halle. In dieser hatten sich Mitglieder der jüdischen Gemeinde anlässlich des höchsten jüdischen Feiertages, Jom Kippur, zusammengefunden. Dem Täter misslang der Versuch, sich Zugang zur Synagoge zu verschaffen, trotz vieler Schüsse auf das Eingangstor und dem Einsatz von Sprengstoff. Er tötete daraufhin eine Passantin, fuhr zu einem Imbiss, in dem er einen Kunden erschoss und verletzte zwei weitere Personen bei seiner Flucht schwer. Erst nach längerer Zeit gelang es der Polizei, den Täter zu verhaften. Er wurde zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt. Besonders perfide an diesem rechtsterroristischen Akt ist, dass sich der Täter per Helmkamera bei seinen Taten filmte und alles live auf die Internetplattform Twitch übertrug. In diesem Video äußerte er sich antisemitisch,

leugnete den Holocaust, stellte sich als „Versager“ mit selbst gebauten Waffen dar und ließ rechtsextremistischen, frauenfeindlichen Rap im Hintergrund seines Streams laufen. Es wird davon ausgegangen, dass Internetplattformen dazu beigetragen haben, den Täter zu radikalisieren.

Keine fünf Monate später, am 19. Februar 2020, verübte ein rechtsextremer Attentäter einen rassistisch motivierten Anschlag in Hanau. An drei verschiedenen Orten der Stadt, an denen er Menschen mit Migrationsgeschichte vermutete, verübte der Rechtsextremist neun Morde, weil er sie in seinem rassistischen Weltbild als Ausländer*innen und Fremde betrachtete und deshalb für eine Gefahr hielt. Anschließend tötete er seine Mutter und sich selbst. Online hatte er Texte hinterlassen, in denen er sich rassistisch, antisemitisch und islamfeindlich äußerte sowie von einem „Krieg“ und dem „Verfall des deutschen Volkes“ sprach. Aufgrund der Onlineaktivitäten des Täters lässt sich nachvollziehen und belegen, wie weitreichend er sich mit rechtsextremen Inhalten beschäftigte und in der rechtsextremen Verschwörungsszene vernetzt war.⁹

In Kapitel 3.2 ab S. 20 geht es um den Zusammenhang von Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien.



Zu Ehren der Opfer des Terroranschlags wurde von der Mutter einer der Ermordeten die Bildungsinitiative Ferhat Unvar ins Leben gerufen, die sich für antirassistische Bildung und Empowerment einsetzt.

United! – Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Das Projekt *United! – Gemeinsam gegen Rechtsextremismus* ist Teil von **Gesicht Zeigen!** und arbeitet unter anderem zum Thema Justiz und Rechtsextremismus. Das Projekt beschäftigt sich mit der Frage nach Leerstellen und möglichen Lösungsansätzen im juristischen Umgang mit Rechtsextremismus und bietet Fortbildungen sowohl für die Justiz wie auch die interessierte Öffentlichkeit an.

United! gibt die Themenhefte „**Justiz und Rechtsextremismus**“ heraus. Sie bieten einen Überblick über aktuelle Fragestellungen und machen den Themenkomplex Rechtsextremismus und Justiz auch einem nicht-juristischen Publikum zugänglich.

Die Autor*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Medien und juristischer Praxis beleuchten wichtige Entwicklungen, Leerstellen und mögliche Lösungsansätze.

Bisher erschienen in der Reihe sind:

Heft 01 Über den juristischen Umgang mit Rechtsextremismus

Heft 02 Rechtsextreme im Justizsystem

Heft 03 Ringvorlesung Rechtsextremismus und Justiz – Sammlung interdisziplinärer Perspektiven



Mehr über United! sowie alle Angebote und Inhalte findest du auf der Projekt-Webseite.

Die Rolle der Sicherheitsbehörden

Bei den hier aufgeführten und vielen weiteren Fällen von Rechtsterrorismus wird das Verhalten der Sicherheitsbehörden während und nach der Tat kritisch diskutiert. Dabei spielt die Forderung nach einer lückenlosen Aufklärung und das Eingeständnis möglicher Fehler während der Einsätze eine wichtige Rolle. Beispielsweise wird das Verhalten der Polizei in Hanau stark kritisiert: Trotz zahlreicher Notrufe registrierte die Polizei nur fünf davon, die allesamt unbeantwortet blieben. Vili Viorel Păun folgte dem Attentäter eigenständig zum zweiten Tatort und setzte mehrere Notrufe ab. Er wurde vom Täter ermordet, bevor die Polizei überhaupt erreichbar war.¹⁰ In Halle wird der fehlende polizeiliche Schutz kritisiert, der vor vielen Synagogen in der Bundesrepublik ein Sicherheitsstandard ist. Im Fall des sogenannten NSU ist ebenfalls ein sicherheitsbehördliches Versagen festzustellen. In den Berichten der hierfür eingerichteten Untersuchungsausschüsse wurde festgehalten, „dass die ‚Häufung falscher und nicht getroffener Entscheidungen und die Nichtbeachtung einfacher Standards den Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens des rechtsextremen NSU-Trios durch die Behörden zulasse“.¹¹ Zu diesen Versäumnissen gehört auch, dass die Behörden ein rechtsextremes Tatmotiv ausschlossen und stattdessen die migrantische Community selbst verdächtigten. Dieser Rassismus wurde von einigen Medien aufgegriffen, die den Rechtsterrorismus als „Döner-Morde“ bezeichneten. Auch die Rolle des Verfassungsschutzes verschiedener Bundesländer ist fragwürdig: Vertuschungen, das Vernichten von Ermittlungsakten und relevanten Informationen über den sogenannten NSU durch Vertrauensleute ((V-Leute, (diesen Begriff erklären wir im Glossar auf S. 34)) lassen befürchten, dass eine Enttarnung verhindert wurde. Die Aufarbeitung und Verbesserung der behördlichen Sicherheitsstrukturen sowie der strafrechtlichen Verfolgung bleiben ein notwendiges und dringendes Ziel. Dazu gehört auch die andauernde Reformierung der Einstufung von Gewalttaten als politisch motivierte Kriminalität.

Der Mord am CDU-Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der von einem Rechtsextremen am 1. Juni 2019 verübt wurde, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Radikalisierung und Enthemmung am rechten Rand eine reale Gefahr für das Leben von Menschen darstellen, die sich für demokratische Teilhabe und Menschlichkeit einsetzen. Weil sich der Politiker bei einer Informationsveranstaltung für eine neue Geflüchtetenunterkunft in Lohfelden (Kassel) und eine Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten aussprach, geriet er ins Visier des späteren Täters. Ein Video der Veranstaltung wurde noch am selben Abend auf der Videoplattform YouTube verbreitet; es folgten Hassbotschaften und Morddrohungen gegen Walter Lübcke. Der spätere Täter sah den Videomitschnitt und beschloss den Mord an Walter Lübcke. Neben dem Mord an dem Politiker wird dem Angeklagten außerdem der Mordversuch an einem irakischen Geflüchteten vorgeworfen, den er auf der Straße mit einem Messer angegriffen haben soll.¹²



Die Amadeu Antonio Stiftung führt eine Chronik der Todesopfer rechter Gewalt seit dem Jahr 1990 auf ihrer Webseite.

Einzeltäter-These und stochastischer Terrorismus

Die (Mord-)Anschläge in Halle, Hanau und Kassel sind Beispiele von Attentaten, die von Einzelpersonen geplant und ausgeführt wurden. Obwohl die Täter augenscheinlich allein handelten, gerät der Begriff des „Einzeltäters“ dabei immer deutlicher in die Kritik. Opferverbände, Hinterbliebene und einige Politiker*innen verweisen auf die Radikalisierung der Täter über Onlineplattformen, die gezielt von Rechten für die Verbreitung ihrer Inhalte genutzt werden. In diesem Zusammenhang spricht man deshalb von „stochastischem Terrorismus“ und meint, dass eine Stimmung von Rechten gezielt aufgeheizt wird, was die Wahrscheinlichkeit steigen lässt, dass irgendwann, irgendwo, irgendjemand einen Anschlag begeht.



In einem anschaulichen Video erklärt die Psychologin Marina Weisband, wie rechte Online-Radikalisierung stattfindet. Schau doch mal rein.

3. Wo wird Rechts- extremismus verbreitet?

3.1 Das Internet als Katalysator rechter Hetze

Die Radikalisierung und der Gewinn von Nachwuchs sind für rechts-extreme Strukturen von großer Bedeutung. Das Internet hat sich in den letzten Jahren als die perfekte Plattform für die Rekrutierung, die Radikalisierung und die Verbreitung von Hass und Hetze etabliert. In Foren, Livestreams, Kommentarspalten und Chats können nahezu unkontrolliert rechtsextreme Inhalte verbreitet und vervielfältigt werden. Auch bei vielen Tätern von rechtsterroristischen Attentaten der letzten Jahre lässt sich nachvollziehen, dass sie sich online über rechtes Gedankengut austauschten und Internetplattformen für die Verbreitung ihrer Ansichten und Taten nutzten.¹³

Internetplattformen werden von Rechtsextremen gezielt genutzt, um Falschinformationen, sogenannte Fake News, zu verbreiten und Stimmung für einschlägige Themen zu machen. Dazu zählen zum Beispiel die Integrationspolitik oder Migration in die EU. Es werden Gerüchte über falsche Zusammenhänge gestreut, Bilder manipuliert oder Zitate aus Kontexten gerissen, um eine politisch extrem rechte Meinung zu unterstützen und Normalisierung und Akzeptanz rechts-extremer Ideologien zu fördern. Zwar greifen soziale Medien, wie Facebook oder X (früher Twitter), mittlerweile gegen Fake News durch, die Flut manipulierter Beiträge ist aber groß und unübersichtlich. Bei der Verbreitung von Falschinformationen werden häufig gesellschaftlich weitverbreitete Vorurteile und Rassismen aufgegriffen, was dazu führt, dass sich Nutzer*innen in ihren Ansichten bestätigt sehen und diese sich verfestigen. Selbst wenn Falschinformationen als solche enttarnt werden, erinnern sich die Nutzer*innen in erster Linie an diejenigen Aussagen, die das eigene Weltbild bestätigen.¹⁴

Um gesellschaftliche Diskurse im Internet zu verzerren, werden außer Fake News auch Social Bots eingesetzt. Das sind Computerprogramme, die in sozialen Medien als Fake-Profilen agieren, eigene Sachen posten, mit echten Menschen interagieren und die darauf ausgelegt sind, Themen aufzugreifen und für eine Aufheizung der Stimmung zu sorgen. Die Bots suchen beispielsweise bei X nach bestimmten Schlagwörtern oder Hashtags und werden aktiv, sobald sie fündig werden: Dann werden vorgefertigte Antworten gepostet oder andere Nutzer*innen in fiktive Gespräche verwickelt. Dabei übernehmen die Bots, die eigentlich nur Algorithmen sind, unterschiedliche Aufgaben. Sie können bei einem bestimmten Schlagwort beispielsweise Kommentarspalten mit der immer selben Gegenbehauptung fluten, sodass eine Diskussion echter Nutzer*innen unmöglich wird. Eine Vielzahl von Bots kann unter demselben Hashtag so viel Inhalt posten, dass dieser an Relevanz gewinnt und sich echte Menschen dem Thema annehmen, weil sie denken, dass eine Mehrheit von Nutzer*innen über dieses oder jenes diskutiert. Bots können auch eingesetzt werden, um Menschen von Diskussionen abzulenken, indem sie sie in Streitgespräche verwickeln, sie beleidigen oder angreifen. So entsteht oft der Eindruck, rechtsextreme Internetprofile seien mit ihrer Meinung in der Überzahl.¹⁵



Fakten? Fakten!
Spreche ich mit einem Social Bot?
Bei Belltower News findest du eine
kleine Anleitung, an der du dich
orientieren kannst.

Die Verbreitung von Materialien ist nicht mehr mit Kosten, Infrastruktur oder geographischer Entfernung verbunden – das Internet erlaubt Benutzer*innen den Austausch ideologischer Inhalte in Echtzeit. Die Bundeszentrale für politische Bildung spricht zwar nicht von einer reinen Online-Radikalisierung, hält aber fest, dass Menschen ersten Kontakt mit Gleichgesinnten niedrigschwellig aufnehmen können und Inhalte aufgrund einer subtilen Aufmachung teils unbewusst konsumiert werden.¹⁶

Welchen Einfluss neue und sich schnell entwickelnde Technologien wie Künstliche Intelligenz auf die Verbreitung von rechtsextremen Inhalten haben werden, ist noch unklar. Schon jetzt zeigt sich aber, dass die Programme, die aktuell in einer Vielzahl entwickelt werden, die Möglichkeit bieten, eine große Anzahl an Informationen schnell und mit geringem Aufwand zu verarbeiten, aber auch zur Manipulation genutzt werden (können). Das Problem dabei: Sie sind gefährlich in den Händen derjenigen, die rechtsextreme und menschenfeindliche Inhalte verbreiten und die Demokratie aushöhlen. Neuere Studien untermauern dies und weisen beispielsweise darauf hin, dass KI-generierte Falschmeldungen mittlerweile als glaubwürdiger eingestuft werden als menschengemachte Falschmeldungen. Deshalb sind Unternehmen im Technologiebereich dazu aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen und verantwortungsvolle KI zu entwickeln – und zwar in enger Zusammenarbeit mit Politik und Zivilgesellschaft. Denn KI birgt auch ein großes Potential und kann dabei helfen, Online-Radikalisierung, Desinformation oder Hate Speech einzudämmen.



Stimmt das? Wie du erkennen kannst, ob eine Meldung, ein Bild oder ein Video tatsächlich auf Fakten beruht, kannst du in der Broschüre „Verschwörungsideologien & Fake News – erkennen und widerlegen“ der Initiative Der goldene Aluhut nachlesen.

Es gibt zahlreiche Initiativen, die dem Hass im Netz etwas entgegensetzen und zeigen:

Du bist nicht allein!



Mit **Love Speech** von **Gesicht Zeigen!** kannst du anderen Internetnutzer*innen deine Wertschätzung und Unterstützung zeigen. Die Materialien für Aktionen on- und offline findest du unter **love-speech.de**

Scroll nicht weg ist ein Projekt, das mit niedrigschwelligen und unterhaltsamen Memes, Schaubildern und anderen Formaten zum Thema digitale Gewalt informiert, Betroffene unterstützt und Menschen zeigt, wie digitale Zivilcourage gegen Hate Speech funktioniert: **scrollnichtweg.de**

Die Vernetzungsstelle gegen Hate Speech **Das Netz** bringt Initiativen und Projekte zusammen, die sich für eine digitale Zivilcourage und eine positive Debattenkultur einsetzen und fördert diese auf unterschiedliche Weise. Unter **das-netz.de** sind die zahlreichen Akteur*innen aufgelistet.

Auch Hass im Netz ist strafbar! Diejenigen Menschen, die Hass und Hetze im Internet verbreiten oder sogar zu Gewalt aufrufen, fühlen sich durch die Anonymität im Digitalen sicher. **Hate Aid** unterstützt Betroffene mit einem kostenlosen Beratungsangebot und einer Prozesskostenfinanzierung. Zu finden ist die Beratungsstelle hier: **hateaid.org**

Noch mehr Informationen zu Beratungsstellen gibt es auf dem **Infoportal des Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention (KompRex)**.



Gesicht Zeigen! ist Teil des KompRex und hat gemeinsam mit den anderen Trägern eine Suchplattform entwickelt, auf der die wichtigsten Beratungs-, Bildungs- und Präventionsstellen aus der Zivilgesellschaft und in deiner Region zum Themenkomplex Rechtsextremismus zu finden sind.

3.2 Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien

Alte und neue Verschwörungsideologien

Das Internet befördert Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus. Manchmal treten Hass und Hetze gegen beispielsweise Muslim*innen, Feminist*innen oder Menschen, die als fremd wahrgenommen werden, offen in Kommentaren auf, oft aber werden sie hinter Verschwörungserzählungen versteckt und finden so Gehör bei der Community und Interessierten. Diese Verschwörungserzählungen beschäftigen sich mit Ereignissen sowie Personen und versuchen, eine angeblich dahinterliegende Wahrheit zu ergründen, die erklären würde, „was wirklich passiert“. Dabei wird aus Sicht der Verschwörungsgläubigen eine kleine Gruppe versteckter Verschwörer*innen identifiziert, die im Hintergrund die Fäden ziehen und durch Geld oder bestimmte soziale Strukturen enorme Macht auf das Weltgeschehen oder einzelne Ereignisse ausüben würde. Größtenteils ist die als feindliche Übermacht erklärte Gruppe entweder reich, jüdisch oder beides.

Schlagwörter für (antisemitische) Verschwörungsideologien

Auf folgende Begriffe solltest du mit Vorsicht reagieren:
Neue Weltordnung, Globalisten, Banken- und Zinssystem, Illuminaten, Freimaurer, Machtelite, George Soros, Der große Austausch, Überbevölkerung, Wetterbeeinflussung, QAnon, Schlafschafe, Inside Job, Bilderberg-Konferenz, USrael, Protokolle der Weisen von Zion, BRD GmbH, Reptiloide oder Echsenmenschen, ZOG oder Zionist Occupied Governments, Pizzagate, Impfdiktatur, Merkeldiktatur, Lügenpresse, 5G und Mikrochips, Adrenochrom ...

Natürlich sind nicht alle Begriffe automatisch mit Verschwörungserzählungen verbunden, und es gibt viele weitere, aber sie alle gehören zu den typischen, in der Szene wichtigen Wörtern. Menschen tauschen sich auf Plattformen wie Facebook oder X, aus aber auch auf dafür angelegten verschwörungsideologischen Webseiten, in Foren oder auf Messenger-Apps, wie Telegram oder WhatsApp.



**Stimmt das oder ist das eine
Verschwörungserzählung? Bei Psiram
und der Infotheke Verschwörungstheorien
kannst du dich über Hintergründe und
Begriffe eingehender informieren.**



Immer wieder versuchen Rechtsextreme gesellschaftspolitische Krisen, für sich zu nutzen und mit ihren rechteextremen Inhalten Anschluss zu finden.

Während der Corona-Pandemie, die in den Jahren 2020–2023 ihren (bisherigen) Höhepunkt hatte, hat sich eine „corona-skeptische“ sogenannte Querdenken-Bewegung zusammengefunden, der sich auch rechtsextreme Personen anschlossen. Die „Bewegung“ nutzte hierzu sowohl das Internet als auch demokratische Strukturen wie Demonstrationen oder Parteiengründungen für ihre Zwecke, der Verbreitung von Verschwörungserzählungen und des Protests. Bei den Anhängern der „Querdenken“-Bewegung zeigt sich häufig ein generelles Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen, eine Verdrossenheit gegenüber etablierten Parteien, Skepsis gegenüber der Wissenschaft und ihren Erkenntnissen sowie das Gefühl, von Politiker*innen nicht vertreten und gehört zu werden. Hinter der Viruskrankheit Covid-19 wird ein Betrug vermutet, der dazu dient, eine „Corona-Diktatur“ einzuführen, in der vorsätzlich Grundrechte beschnitten und Menschen unter dem Vorwand von Hygienemaßnahmen eingesperrt und zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes gezwungen werden.

Auf den Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen versammelten sich verschiedenste Akteur*innen der verschwörungsideologischen Szene. Vom rechtsextremen Spektrum über frustrierte Bürger*innen bis hin zu Anhänger*innen der esoterischen Szene bildet die sogenannte Anti-Corona-Bewegung ein buntes Sammelbecken. Die „Querdenken“-Bewegung fällt auch durch Gewaltausbrüche, Angriffe auf Pressevertreter*innen und das Missachten der Schutzmaßnahmen auf.

Besonders erschreckend sind die vielen antisemitischen und holocaustrelativierenden Aussagen, die bei den Protesten zu beobachten sind. Bei den Versammlungen wurden die Corona-Regeln mit dem nationalsozialistischen Regime und die Situation der Protestierenden, die sich als Widerstandsbewegung einer Diktatur begreifen, mit der Verfolgung von Jüd*innen im Nationalsozialismus verglichen. Befeuert wurden die abstrusen Theorien über Corona und das Impfen

Mord in Idar-Oberstein

Im September 2021 kam es an einer Tankstelle in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) zu einem Mord an einem 20-jährigen Angestellten durch einen 49-Jährigen, der den Mitarbeiter wegen dessen Hinweis auf die geltende Maskenpflicht erschoss. Der Mann gab als Begründung an, die Maskenpflicht und die Corona-Maßnahmen abzulehnen. Außerdem hätte die Pandemie ihn stark belastet, sodass er ein Zeichen hatte setzen wollen.¹⁷ Dieser Mord ist der erste, der im Zusammenhang mit einer Ablehnungshaltung gegenüber Corona-Maßnahmen und möglicherweise verschwörungsideologischen Zusammenhängen steht und zeigt die wachsende Gefahr durch radikalisierte Anhänger*innen der Protestbewegung.

von tonangebenden Persönlichkeiten der Szene, wie dem Koch Attila Hildmann, der per Haftbefehl gesucht wird und sich auf der Flucht befindet, oder dem Schlagersänger Michael Wendler, die beide auf ihren Telegram-Kanälen Verschwörungserzählungen verbreiteten. Aus der Protestbewegung ging die Gründung der Partei *dieBasis* hervor, die sich als politischer Arm der Bewegung versteht. Die Partei Gründung zeigt die Professionalisierung und das grundlegende, weil dauerhafte, Problem mit Verschwörungserzählungen.

Auch wenn die Protestaufmärsche der „Querdenken“-Bewegung mittlerweile deutlich weniger Personen anziehen, ist die Gefahr, die von ihnen für den gesellschaftspolitischen Diskurs ausgeht, nicht zu unterschätzen. Auch den von Russland ausgehenden Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 und die daraus resultierende Energiekrise nutzen Rechtsextreme für die Verbreitung ihrer Inhalte.

Holocaustleugnung

Das Leugnen oder Verharmlosen des Holocausts ist in Deutschland und einigen anderen Ländern eine Straftat (§ 130 StGB). Durch das Abstreiten oder Verharmlosen des Holocausts werden die unmenschlichen Verbrechen und der Völkermord an Jüd*innen relativiert.

Auch die Geschichtsschreibung und Dokumentation dieser Verbrechen werden somit als falsch oder erfunden dargestellt. Dahinter versteckt sich oft das Verlangen, sich nicht (mehr) mit den verbrecherischen und faschistischen Zeiten des eigenen Landes auseinandersetzen zu wollen. Stattdessen herrscht die Ansicht, dass Deutschland genug gebüßt habe und der Wunsch, stolz auf das eigene Land zu sein, ohne an die Verbrechen erinnert zu werden. In Teilen der rechtsextremen Szene wird dieser Teil der deutschen Geschichte komplett abgestritten und eine Verschwörung der Jüd*innen vermutet, die eine ewige Schuld gegen die Deutschen aufrechterhalten wollen. Angesichts der zahlreichen Zeitzeug*innen, der weltweiten wissenschaftlichen Forschung und der unzähligen Arbeiten von Historiker*innen ist das eine ideologische Perspektive, die nicht nur die Opfer des Holocausts verhöhnt, sondern auch aufzeigt, wie sich von faktischen Beweisen abgewendet wird.

Die Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“

Die Demonstrant*innen der „Querdenken“-Bewegung bilden eine große Schnittmenge mit Rechtsextremist*innen, die in vielen Fällen selbst Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen sind. Eine Übereinstimmung finden die unterschiedlichen rechtsextremen Spektren dabei in der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“. Diese beruht auf der Annahme, die weiße, europäische beziehungsweise deutsche Bevölkerung solle durch massenhafte Zuwanderung von muslimischen oder nichtweißen Menschen nach und nach ausgetauscht werden. Dies führe zu einem Identitätsverlust und letztlich zum „Untergang des Abendlandes“. Die Zuwanderung, bei gleichzeitig rückläufiger Geburtenrate der Europäer*innen, sei gezielt von einer „Machtelite“, also „Globalisten“, „Zionisten“, Jüd*innen oder supranationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union, gesteuert. Die Verschwörungsideologie zeugt von extremem Antisemitismus, einem starken antimuslimischen Rassismus und der Vorstellung, das weiße „Volk“ würde gezielt durch diesen angeblichen „Genozid“, also Massenmord, ausgelöscht. Das Narrativ des „Großen Austauschs“ erfreut sich unter anderem bei der Identitären Bewegung (IB) großer Beliebtheit. Diese international vernetzte Gruppierung Rechtsextremer besteht aus zumeist jüngeren Leuten, die vor allem durch hippe und jugendliche Aktionen, wie Flashmobs, auffallen. Die IB entstand in Frankreich und basiert auf der Ideologie des Ethnopluralismus, der Vorstellung, jede „Volksgemeinschaft“ habe eine gemeinsame, homogene Abstammung, die schützenswert sei und nicht durch Einwanderung und fremde Kulturen verunreinigt werden dürfe. Deshalb spricht sich die IB gegen ein multikulturelles Weltbild der Toleranz und Vielfältigkeit aus und will durch eine völkisch orientierte Perspektive eine vermeintlich nationale Identität beschützen. Die Identitäre Bewegung gilt als Teil der sogenannten Neuen Rechten.

Eine islamfeindliche Haltung wird auch bei den Dresdner Pegida-Demonstrationen („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) bedient. Das Hauptthema der seit 2014 und bis heute an einigen Orten weiterhin wöchentlich stattfindenden

Demonstrationen ist die angebliche Gefahr einer „Islamisierung“ Deutschlands, die durch Masseneinwanderung muslimischer Menschen bewirkt werde. Wie bei den Anti-Corona-Protesten sind bei Pegida-Demonstrationen Teilnehmende von sogenannten „besorgten Bürger*innen“ bis zu lupenreinen Neurechten und gewalttätigen Rechtsextremist*innen anzutreffen. Und auch hier ist klar zu erkennen, wie sehr sich die Erzählung vom „Großen Austausch“ mit den Themen der Pegida-Demonstrationen, einer angeblichen Islamisierung und dem „Untergang des Abendlandes“ überschneidet. Die Ablehnung der Migrations- und Asylpolitik ist in beiden Gruppierungen ein Kernelement. Sowohl der rechtsextreme Attentäter von Halle als auch der Rechtsterrorist, der im Jahr 2019 in Christchurch (Neuseeland) 50 Menschen ermordete, sowie der norwegische Rechtsterrorist, der im Jahr 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya 77 Menschen tötete, nahmen Bezug auf die Verschwörungsideologie des „Großen Austauschs“. Der Attentäter von Halle wollte ausdrücklich Jüd*innen ermorden, um die Drahtzieher*innen der Verschwörung zu bekämpfen. Das Ziel des neuseeländischen Attentäters waren Muslim*innen, weil sie in seinen Augen Invasor*innen darstellen. Er suchte deshalb bewusst Moscheen auf, um die Menschen dort zu töten. Die sozialdemokratische Jugend, die auf der Insel Utøya ein Sommerferienlager abhielt, sah der norwegische Rechtsterrorist als politisch verantwortlich für das Projekt, „Weiße“ auszulöschen. Die Opfergruppen der rechtsterroristischen Morde hierzulande sowie weltweit wurden ganz bewusst ausgewählt und waren keinesfalls zufällige Ziele. Das verbindende Element für die ideologischen Verflechtungen des völkischen Bezugs der IB, der Islamfeindlichkeit der PEGIDA-Bewegung und des rechtsextremen Terrorismus der letzten Jahre sind in Verschwörungsideologien zu finden. Es zeigt sich, wie bestimmte Themen durch unterschiedliche Akteur*innen in verschiedenen Kontexten aufgegriffen und verbreitet werden.

3.3 Rechtsextremismus in der Politik

Rechtsextremist*innen lehnen das demokratische System inklusive aller etablierten Parteien ab. Ebenso hegen sie Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen sowie deren Vertreter*innen und Politiker*innen.¹⁸ Dass Rechtsextremist*innen vor diesem Hintergrund selbst Parteien gründen, sich in solchen engagieren oder diese wählen, erscheint erst einmal widersprüchlich. Es gibt für Rechtsextreme aber auch gute Gründe, um eine Parteistruktur zur Organisation sowie zur Vertretung und Verbreitung ihrer Interessen und Überzeugungen zu nutzen. Die Hürden für ein Verbot von Parteien liegen außerdem deutlich höher als beispielsweise für Vereine und Organisationen. Parteien leisten zudem „einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren des Staatswesens“¹⁹, weshalb ihnen eine staatliche Teilfinanzierung zusteht, die sich sowohl an Wahlergebnissen als auch an eigens eingeworbenen Geldern aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen bemisst. Bei den jüngsten Bundestagswahlen im September 2021 konnten neonazistische Kleinstparteien, wie die *NPD* oder der *III. Weg*, zwar keine nennenswerten Erfolge erzielen und sind bei der staatlichen Bezuschussung ihrer Parteienfinanzierung leer ausgegangen, ihren Bekanntheitsgrad konnten sie jedoch mit provokanten Aktionen deutlich steigern.²⁰ Die erst im Jahr 2020 aus den Anti-Corona-Protesten hervorgegangene Partei *dieBasis*, die keine Berührungspunkte zu extrem rechten Personen und Inhalten hat,²¹ kann hingegen mit Geldern aus der staatlichen Parteienfinanzierung rechnen, die ihr damit einen strukturellen Parteiaufbau ermöglichen. Auch wenn rechtsextreme Parteien, wie *Die Republikaner* oder die *DVU-Liste D*, bereits in den 1980er und 1990er Jahren einige Erfolge auf Landesebene oder bei Europawahlen erzielen konnten, so schaffte es bislang keine dieser Parteien, eine konstante Wähler*innenschaft an sich zu binden und sich flächendeckend zu etablieren. Mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) hat sich eine Partei herausgebildet, die als Sammelbecken für unterschiedliche rechte Strömungen fungiert und konstant Wahlerfolge erzielt. Die Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2022 stellt zudem fest, dass Rechtsextreme, wenn sie denn wählen gehen, überwiegend der AfD ihre Stimme geben.²²

Zeitweise war sie in allen Landesparlamenten vertreten und ist das zweite Mal in Folge mit einem zweistelligen Ergebnis in den deutschen Bundestag eingezogen. Die im Jahr 2013 gegründete Partei trat in ihrer Gründungs- und Anfangsphase insbesondere mit einer ausgeprägten Skepsis bis Ablehnung gegenüber der EU und der europäischen Währung in Erscheinung. Sie profilierte sich als konservativ-liberale bis marktradikale Partei der sogenannten bürgerlichen Mitte. Seit ihrer Gründung hat sie allerdings eine stete Radikalisierung durchlaufen, die sich sowohl in ihren Inhalten als auch in Personen widerspiegelt. Dass Mitglieder der Partei Sympathien und Verbindungen zu rechts-extremen Gruppierungen und Organisationen, wie der *Identitären Bewegung* oder dem *Verlag Antaios*, unterhalten, ist mehrfach nachgewiesen.²³ Der vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) als Extremist eingestufte Soldat und AfD-Bundestagsabgeordnete Hannes Gnauck beispielsweise spendete nach eigener Aussage an Organisationen, wie *Ein Prozent für unser Land*, die *rechte Zeitschrift Compact*, den *Oikos Verlag* und die *Identitäre Bewegung*.²⁴ Beobachter*innen attestieren der völkisch-rechtsextremen Strömung, zu denen auch der mittlerweile aufgelöste innerparteiliche Zusammenschluss *der Flügel* gehört, in der AfD eine zunehmende Bedeutung. Auch ranghohe Parteifunktionäre, wie der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende und Faschist Björn Höcke, oder die Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) tragen hierzu bei.²⁵

Auch sprachlich greift die Partei rechtsextreme Einstellungen auf und bedient die Wünsche und Fantasien Rechtsextremer, indem sie Stimmung gegen Menschen mit Migrationsgeschichte, Muslim*innen, Geflüchtete und Minderheiten macht und sich als Vertreterin einer völkisch-nationalen Politik inszeniert. So bezeichnete der AfD-Politiker Alexander Gauland Hitler und die gesamte NS-Zeit als „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte und relativierte damit die Verbrechen des Nationalsozialismus als vergleichsweise kleinen Abschnitt einer

größeren, bedeutungsvollen Geschichte des Landes. Geflüchtete werden als „Invasoren“ bezeichnet, rassistische Motive und Vorurteile werden bewusst bedient, Gegner*innen werden als „Volksverräter“ beschimpft, die Migration aus anderen Ländern bedeute den „Volkstod“ für die Deutschen.²⁶ Dabei nutzt die AfD jede Gelegenheit – seien es Fernsehauftritte, Interviews oder Reden im Deutschen Bundestag – um ihre rassistischen und menschenfeindlichen Ansichten in die Öffentlichkeit zu tragen. Und auch in den sozialen Medien beteiligt sich die AfD daran, Hass und Hetze zu verbreiten, zum Beispiel, als sie ein Bild des später ermordeten CDU-Politikers Walter Lübcke auf Facebook postete und dazu den Satz schrieb: „Noch ist es unser Land, Herr Lübcke.“²⁷

Im September 2020 hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Rede bei der Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des rechtsextremen Oktoberfestattentats in München, bei dem damals 13 Menschen getötet und mehr als 200 Menschen verletzt wurden und sagte:

*„Die rechtsterroristischen Mordtaten der vergangenen Jahrzehnte waren nicht das Werk von Verwirrten. Die Täter waren eingebunden in Netzwerke des Hasses und der Gewalt oder ließen sich von ihnen zu ihren Taten anstiften. Diese Netzwerke müssen wir aufspüren. Wir müssen sie bekämpfen – entschiedener als bisher!“*²⁸

FAZIT

Rechtsextremismus ist kein „Problem“ von gestern! Rechtsextreme vernetzen sich online, teilen menschenverachtende Inhalte über Memes, Videos, Musik oder im Gaming und präsentieren sich als modern und hip. Damit sprechen sie auch junge Zielgruppen an. Wie gefährlich das Abtauchen in rechtsextreme und verschwörungsideologische Inhalte für viele Menschen werden kann, die allein durch ihre Identitätszuschreibung nicht dem Weltbild der Rechtsextremen entsprechen, zeigt die traurige Chronik rechtsextremer Morde. Es existieren keine Patentrezepte zur Zurückdrängung diskriminierender und demokratiefeindlicher Einstellungen – und doch gibt es eine Vielzahl an Ideen und Projekten, mit denen sich engagierte Menschen der Herausforderung stellen. So wie das Problem der Verbreitung rassistischer und extrem rechter Einstellungen an sich vielfältige Aspekte birgt, so ist auch bei Gegenstrategien Vielfalt, Lebendigkeit und Flexibilität in der Anpassung von Methoden auf die jeweilige Zielgruppe sowie das Ausprobieren und Entwickeln neuer Ansätze gefragt. Die Entwicklung einer Kultur, in der Menschen mit Migrationsgeschichte und Minoritäten endlich als gleichberechtigt und in ihren Grund- und Menschenrechten anerkannt werden, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Gelebte Vielfalt in einer offenen demokratischen Gesellschaft geht uns alle an – für ein weltoffenes Deutschland.

GLOSSAR

A

Antisemitismus bedeutet Diskriminierung, Vorurteile, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aufgrund ihres Jüdischsein. Dies kann sich in negativen Verallgemeinerungen, Beschimpfungen, Bildern, Lügen, Verschwörungserzählungen oder sogar körperlicher Gewalt gegen Jüd*innen oder als solchen wahrgenommenen äußern. Es ist beispielsweise antisemitisch, wenn Jüd*innen pauschal als geizig und wohlhabend bezeichnet, in Karikaturen mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt, Synagogen angegriffen, jüdische Gräber beschmiert oder Jüd*innen für das Verhalten Israels verantwortlich gemacht werden.

G

Gadjé-Rassismus bedeutet die Diskriminierung, Ausgrenzung und Herabwürdigung von Sinti*zze und Rom*nja sowie Hassreden und Gewaltanwendung gegen die nationale Minderheit. Diese spezifische Form des Rassismus äußert sich in stereotypen Aussagen und Unterstellungen wie Faulheit, Unzivilisiertheit, kriminelles Verhalten oder das Leben auf Kosten anderer. Auch die stigmatisierende und beleidigende Bezeichnung mit dem „Z-Wort“ sowie die Leugnung oder das Gutheißen des Völkermords an Sinti*zze und Rom*nja sind Ausdruck des Gadjé-Rassismus. Der Begriff „Gadjé“ meint die Gruppe, von der der Rassismus ausgeht (Gadjé = Nicht-Rom*nja). Sein Vorteil ist, dass er nicht die Gruppe bezeichnet, gegen die diskriminiert wird und nicht das rassistische Wort beinhaltet, das gegen Rom*nja verwendet wird.

S

Sinti*zze und Rom*nja sind eine nationale Minderheit, deren Vorfahren vor vermutlich tausend Jahren aus dem heutigen Nordwestindien und Pakistan nach Europa kamen und seitdem hier beheimatet sind. Die weit zurückreichende Migration ist vor allem deswegen interessant, weil sie verdeutlicht, dass es keine einheitliche „Roma-Kultur“ gibt, wie häufig und fälschlicherweise angenommen. Die europäischen Roma-Gemeinschaften unterscheiden sich in vielen Bereichen deutlich, sei es in der Selbstbezeichnung, der Staatsangehörigkeit oder auch länderspezifischen Diskriminierungserfahrungen. Als in Deutschland national anerkannte Minderheit erhalten Sinti*zze und Rom*nja juristisch besondere Schutzrechte, was beispielsweise auch die Bewahrung sowie Förderung der Kultur und Sprache – Romanes – umfasst.

V

Vertrauensleute (V-Leute) sind Personen, die aufgrund ihrer Verbindungen zu politisch extremistischen oder kriminellen Gruppierungen und Organisationen geheime Informationen an Ermittlungsbehörden übermitteln. Dafür erhalten die Informant*innen zumeist eine Vergütung und ihre Identität wird geschützt. Die beschafften Informationen sollen zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten beitragen.

Endnoten

- 1 Berendsen, Eva/Rhein, Katharina und Uhlig, Tom David (Hrsg.) (2020). Extrem unbrauchbar: Über Gleichsetzungen von links und rechts, zweite Auflage. Berlin: Verbrecher Verlag.
- 2 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR Berlin) (2017). Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Jugendeinrichtungen | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256707/tipps-fuer-jugendeinrichtungen> (letzter Zugriff am: 21.09.2021).
- 3 Decker, Oliver, Johannes Kiess, Ayline Heller, Julia Schuler, und Elmar Brähler. 2022. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: neue Herausforderungen – alte Reaktionen?: Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Elmar Brähler, und David Aderholz, 31–90. Gießen: Psychosozial-Verlag., hier S. 53
- 4 Ebd., S. 86
- 5 Mokros, Nico/ Zick, Andreas (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Hrsg. von Küpper, Beate/Mokros, Nico/Zick, Andreas (2023). Bonn: Dietz, J H., S. 53–89, hier S. 70f.
- 6 Ebd., S. 67.
- 7 Zdf.de (2023). Burg in Brandenburg: Nach rechtem Hass: Lehrer verlassen Schule Abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/brandenburg-lehrerschule-burg-rechte-anfeindungen-100.html> (letzter Zugriff: 13.09.2023).
- 8 Radke, Johannes (2013). Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167684/der-nationalsozialistische-untergrund-nsu> (letzter Zugriff am: 10.09.2021).
- 9 Speit, Andreas (2021). Rechtsextreme Gewalt in Deutschland | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/324634/rechtsextreme-gewalt-in-deutschland> (letzter Zugriff am: 01.11.2021).
- 10 Presselounge WDR (2021). Recherchen von MONITOR, Hessischer Rundfunk und DER SPIEGEL. Versagen bei Polizeinotruf: Tödliche Versäumnisse bei Terroranschlag in Hanau? Abrufbar unter: https://presse.wdr.de/plounge/tv/das_erste/2021/01/20210127_monitor.html (letzter Zugriff am: 01.09.2021).

- 11 Kollender, Ellen (2014). NSU-Prozess: Rolle des Verfassungsschutzes bleibt fragwürdig | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/191054/nsu-prozess> (letzter Zugriff am: 03.09.2021).
- 12 Süß, Sonja (2020). Der Mord an Walter Lübcke – eine Chronik. hessenschau.de. Abrufbar unter: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/der-mord-an-walter-luebcke---eine-chronik,mordfall-luebcke-chronik-100.html> (letzter Zugriff am: 09.09.2021).
- 13 Bundeszentrale für politische Bildung (2020). Der Anschlag von Halle | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/316638/der-anschlag-von-halle> (letzter Zugriff am: 01.09.2021).
- 14 Rafael, Simone (2017). „Fake News“: „Ich brauche keinen Beweis, es reicht mir, Zweifel zu säen.“ Belltower.News. Abrufbar unter: <https://www.belltower.news/fake-news-ich-brauche-keinen-beweis-es-reicht-mir-zweifel-zu-saeen-43936/> (letzter Zugriff am: 02.09.2021).
- 15 Bundeszentrale für politische Bildung (2017). Was sind Social Bots? | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/252585/was-sind-social-bots> (letzter Zugriff am: 03.09.2021).
- 16 Sold, Manjana (2020). Online-Radikalisierung und Online-Propagandierung | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/bewegt-bild-und-politische-bildung/reflect-your-past/313941/online-radikalisierung-und-online-propagandierung> (letzter Zugriff am: 15.09.2021).
- 17 Huesmann, Felix (2021). Innenpolitiker sehen Mitschuld für „Querdenker“-Radikalisierung bei der AfD | rnd.de. Abrufbar unter: <https://www.rnd.de/politik/querdenker-radikalisierung-innenpolitiker-sehen-mitschuld-bei-der-afd-VVRY3AECUBBN5FWI6ACZXV4GR4.html> (letzter Zugriff am: 12.09.2021).
- 18 Decker, Oliver et al. (2020). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Autoritäre Dynamiken: alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus-Studie 2020. Hrsg. von Oliver Decker und Elmar Brähler. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 27–87, hier S. 83.
- 19 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (o. J.). Parteienfinanzierung. Abrufbar unter: http://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/parteienrecht/parteienfinanzierung/parteienfinanzierung.html;jsessionid=C250C0B847648B3286272BE869CA655F.2_cid373?nn=9394038 (letzter Zugriff am: 24.11.2021).
- 20 Potter, Nicholas (2021). Superwahlsonntag: Schlappe für die NPD und „Der III. Weg“. Belltower.News. Abrufbar unter: <https://www.belltower.news/superwahlsonntag-schlappe-fuer-die-ncpd-und-der-iii-weg-121735/> (letzter Zugriff am: 24.11.2021).
- 21 Laufer, Daniel (2021). „Die Basis“: Eine schrecklich nette Partei. netzpolitik.org. Abrufbar unter: <https://netzpolitik.org/2021/die-basis-eine-schrecklich-nette-partei/> (letzter Zugriff am: 24.11.2021).
- 22 Decker, Oliver, Johannes Kiess, Aylene Heller, Julia Schuler, und Elmar Brähler. 2022. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: neue Herausforderungen – alte Reaktionen?: Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller, Elmar Brähler, und David Aderholz, 31–90. Gießen: Psychosozial-Verlag., hier S. 86
- 23 Fuchs, Christian und Steffen, Tilmann (2021). AfD im Bundestag. Noch ein bisschen radikaler. ZEIT ONLINE. Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2F2021-09%2FAfd-bundestag-vorstellung-afd-abgeordnete-bundestagswahl-radikal-politische-rechte> (letzter Zugriff am: 24.11.2021).
- 24 Schönberg, Tony (2021). AfD-Abgeordneter spendet Steuergelder an rechte Organisationen. rbb24. Abrufbar unter: <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/politik/2021/11/afd-rechtsextremismus-prenzlau-bundestag-gnauck.html> (letzter Zugriff am: 05.11.2021).
- 25 Decker, Frank (2020). Die Organisation der AfD | Parteien in Deutschland. bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273133/organisation> (letzter Zugriff am: 24.11.2021).
- 26 Thieme, Tom (2019). Dialog oder Ausgrenzung – ist die AfD eine rechtsextreme Partei? | bpb.de. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/284482/dialog-oder-ausgrenzung-ist-die-afd-eine-rechtsextreme-partei> (letzter Zugriff am: 02.09.2021).
- 27 Süß, Sonja (2020). Der Mord an Walter Lübcke – eine Chronik. hessenschau.de. Abrufbar unter: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/der-mord-an-walter-luebcke---eine-chronik,mordfall-luebcke-chronik-100.html> (letzter Zugriff am: 09.09.2021).
- 28 Steinmeier, Frank-Walter (2020). www.bundespraesident.de: Der Bundespräsident / Reden / Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des Oktoberfestattentats. Abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/09/200926-Oktoberfestattentat.html> (letzter Zugriff am: 24.11.2021).



Gesicht Zeigen! **Unsere Angebote**



7xjung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt

inszeniert heutige Lebenswelten von Jugendlichen und bietet ungewöhnliche Zugänge zur aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit früher sowie Identität, Ausgrenzung und Zivilcourage heute. Lebendig wird 7xjung in intensiven Workshops mit möglichst vielen Sinnen, die dem Bewusstsein und der Motivation für couragiertes Handeln Raum geben. So entstehen neue Perspektiven auf die Geschichte, die Gegenwart und die ganz eigenen persönlichen Möglichkeiten, die Gesellschaft mitzugestalten – auch in der eigenen Schule und Klasse. Everybody can be a Change Agent!

Anmeldung und Information: ausstellung@gesichtzeigen.de

Die Freiheit, die ich meine

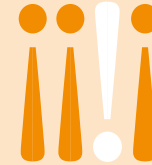
ist ein geschlechtsspezifisches Bildungs- und Empowermentprojekt für mehrheitlich muslimische Mädchen und Jungs, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind. Für sie haben wir eine spezielle Workshopreihe zur politischen Bildung konzipiert. Zusätzlich bilden wir Lehrkräfte zu den Themen Religiosität im Kontext Schule und antimuslimischer Rassismus fort und arbeiten mit Mütter- und Vätergruppen.

Infos und Beratung unter: freiheit@gesichtzeigen.de

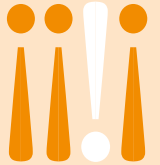
United! Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

beschäftigt sich mit den Folgen und Auswirkungen von Rechtsextremismus im Kontext von Wirtschaft und Justiz. Als interdisziplinäre Schnittstelle zwischen Justiz, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und politischer Bildung vernetzt **United!** verschiedene Akteur*innen, bringt Fachdebatten voran und bietet Bildungsmaterialien und Fortbildungen für Jugendliche und Erwachsene.

Kontakt: united@gesichtzeigen.de



Gesicht Zeigen! **Unsere Materialien**



Direkt bei uns erhältlich

AKTIONSMATERIAL

Sticker

Die Sticker von **Gesicht Zeigen!** verschönern die Umwelt und machen Eure Haltung klar!

- **Nazis wegstickern** – unsere Gegen Nazis-Sticker
- **Gesicht Zeigen! jetzt erst recht** – das Sticker-Set

Die LoveSpeech-Postkarten

Zum Versenden, Verschenken oder an die eigenen vier Wände hängen – unsere LoveSpeech-Postkarten verteilen Komplimente an alle, die sie brauchen! Verbreitet Liebe und Lächeln statt Hass und Häme! Tipp: LoveSpeech gibt es auch als GIF für Instagram, Signal und Telegram. Einfach in der GIF-Suchleiste „Gesichtzeigen“ eingeben.

BILDUNGSMATERIAL

Die Schlaunen Hefte

gibt es noch zu folgenden Themen:

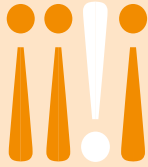
- Gesicht Zeigen – aber wie?
- Grundrechte – das ist Dein gutes Recht!
- Religionen – Oh Mein Gott

Pocketbroschüre „Braune Wäsche“

Die Broschüre hilft dabei, Symbole und Codes der rechtsextremen Szene zu erkennen und klärt über ihre Bedeutung auf.

Tür auf für die Demokratie – unser Türanhänger

Mit unserem knalligen Türanhänger bringt man 5 easy Tipps für die Demokratie überall hin: Ob an die Haustür der Nachbarin oder dem Kollegen an die Bürotür gehängt, wir verbreiten Lust und Laune auf Demokratie!



Gesicht Zeigen! **Unsere** **Fachpublikationen:**

Themenhefte Rechtsextremismus und Justiz

Heft I: Über den juristischen Umgang mit Rechtsextremismus

Wann wird eine Gewalttat als rechtsextrem eingeordnet? Inwiefern kann die politische Dimension von rechtsextremen Gewalttaten im Strafprozess Beachtung finden? Reicht die bloße Reduktion auf den rein strafrechtlichen Aspekt aus? Mit Beiträgen vieler renommierter Expert:innen.

Heft II: Rechtsextreme im Justizsystem

Die Publikation gibt einen gebündelten Überblick über aktuelle Fälle rechtsextremer Anwält:innen, Richter:innen und Staatsanwält:innen. Ergänzt um einen historischen Abriss über die NS-Vergangenheit der deutschen Justiz und Handlungsempfehlungen von **Gesicht Zeigen!**

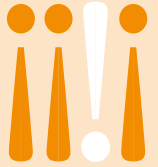
Heft III: Ringvorlesung Rechtsextremismus und Justiz

Eine Sammlung interdisziplinärer Perspektiven zu rechtsextremen Einstellungen in den Polizei- und Justizbehörden, juristischen Leerstellen im NSU-Prozess, Rassismus und Antisemitismus im Recht u.v.m. Mit Beiträgen von Doris Liebscher, Kati Lang und Tobias Singelstein u. a.

Rechtsextremismus und Wirtschaft

Unternehmen in Verantwortung

In Deutschland hat jede*r dritte Beschäftigte rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz wahrgenommen. Das ergab eine repräsentative Online-Umfrage im Auftrag von **Gesicht Zeigen!**, die erstmals eine Bestandsaufnahme zum Phänomen Rechtsextremismus in Wirtschaft und Arbeitswelt ermöglicht. Das Heft zeigt Herausforderungen aber auch Handlungsempfehlungen auf.



Interaktiv **und zu diversen Themen**

Das Demokratie!-Spiel **Was hat die Demokratie mit mir zu tun?!**

Die 37 bunten Bildkarten des Demokratie!-Spiels laden niedrigschwellig – und ganz ohne Schriftsprache – zur Auseinandersetzung mit zentralen Begriffen und Ideen des demokratischen Miteinanders ein. Das Spiel bringt die Teilnehmer*innen ins Gespräch über ihre eigenen Erfahrungen und Kenntnisse. So können sie gemeinsam Ideen für ein demokratisches Zusammenleben und ein besseres Verständnis von demokratischen Werten, Institutionen und Prozessen entwickeln.

Eigenverlag,
15,- Euro Schutzgebühr

STOP-OK! **Ein Moderationsspiel**

Hier geht es darum, anhand von fiktiven islamistischen und rechtsextremen Radikalisierungsverläufen gemeinsam mit einer Gruppe Wendepunkte zu erkennen (STOP!) und alternative Handlungsoptionen zu entwickeln (OK!). Das Spiel enthält zudem Fallbeispiele antisemitischer und antimuslimischer Diskriminierungsfälle und eignet sich hervorragend für Fortbildungen von Multiplikator*innen, insbesondere Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und Stadtteilmüttern.

Eigenverlag,
20,- Euro Schutzgebühr

It Works! **Die Gesicht Zeigen!-Box für Respekt und Wertschätzung am Arbeitsplatz**

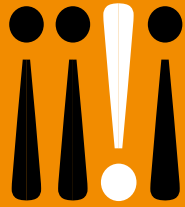
Gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit aktiv zu werden, erfordert immer eine eigene Haltung, Ressourcen und Courage. Im Arbeitsumfeld stehen viele Menschen diesbezüglich vor einer besonderen Herausforderung, denn der eigene Arbeitsplatz ist ein sensibler Ort. Dem Wunsch nach Engagement und offenem Widerspruch stehen nicht selten Zweifel gegenüber. Die Methoden der Workshop-Box sensibilisieren für Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus am Arbeitsplatz und helfen beim Moderieren von Gesprächen in diesem Bereich.

Eigenverlag,
150,- Euro Schutzgebühr

Das Ja-Nein-Spiel **Wie wollen wir leben?**

Das Ja/Nein-Spiel ist ein Klassiker von **Gesicht Zeigen!**, das alle Gruppen in Austausch bringt. Es gibt dabei kein richtig und kein falsch. Vielmehr trainiert das Spiel eine Diskussionskultur, bei der die Argumente beider Seiten ernsthaft Gehör finden und niemand auf seinen Standpunkt festgenagelt wird

Eigenverlag,
15,- Euro Schutzgebühr



Gesicht Zeigen! **ruft auf, zeigt an, greift ein – für ein weltoffenes Deutschland.**

Gesicht Zeigen! ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie rechte Gewalt.

Der Verein greift in die aktuelle politische Debatte ein und bezieht öffentlich Stellung.

Ziel von **Gesicht Zeigen!** ist die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und die Sensibilisierung für jede Art von Diskriminierung.

Hierfür entwickelt **Gesicht Zeigen!** Projekte und Aktionen, die Vorurteile abbauen und das Miteinander fördern.

Der Verein initiiert öffentliche Kampagnen für Zivilcourage, die von zahlreichen Prominenten unterstützt werden.

**Zeige auch Du Dein Gesicht
– es wird gebraucht!**

**Mehr unter
www.gesichtzeigen.de**



IMPRESSUM

Autorinnen

Mira Erdmann
Vivien Klatt

Redaktion

Vivien Klatt
Charlotte Langenkamp

Gestaltung

www.dunkelau-lemke-stach.de

Herausgeber

Gesicht Zeigen!

Für ein weltoffenes Deutschland e. V.

Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

T. 030. 30 30 808-0

F. 030. 30 30 808-30

kontakt@gesichtzeigen.de

www.gesichtzeigen.de

www.7xjung.de

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE51 3702 0500 0001 4157 05

4., aktualisierte Auflage,
Berlin, Juni 2025

FOLGT UNS AUF



Rechtsextremismus – Ideologie, Verbreitung und Bedrohung

Was bedeutet Rechtsextremismus?

Wie weit sind rechtsextreme Einstellungen in
unserer Gesellschaft verbreitet, und welche
Gefahr geht von Rechtsextremismus für uns alle aus?

Wir skizzieren die Bedrohung durch rassistisches
und rechtsextremes Gedankengut und wollen euch
und Ihnen Hilfestellungen für die praktische Arbeit
und den Umgang mit Rechtsextremismus liefern –
für ein demokratisches Miteinander
und eine vielfältige Gesellschaft.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen
die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**